Handreichung für Leistungsempfänger nach § 11 Abs. 1 Satz 1 (VHSen), § 12 Abs. 1 Satz 1 (Burg Fürsteneck) und § 17 Abs. 2 Satz 1 (Freie Träger) Hessisches Weiterbildungsgesetz (HWBG)

I. Besondere Hinweise für die Bewirtschaftung der gesetzlichen Zuschüsse in Folge der Maßnahmen zur Vermeidung von Ansteckungsrisiken in Folge des Coronavirus

Wegen der staatlich angeordneten Maßnahmen zur Vermeidung von Ansteckungsrisiken in Folge des Coronavirus, die zu einer Änderung der für die Gewährung der finanziellen gesetzlichen Leistung maßgeblichen Umstände geführt haben, die nicht von Ihnen als Leistungsempfänger zu vertreten ist, wird hinsichtlich der Bewirtschaftung dieser Zuschüsse Folgendes festgelegt:

Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen möglichst keine finanziellen Nachteile in Folge der von staatlicher Seite angeordneten Maßnahmen zur Vermeidung von Ansteckungsrisiken wegen des Coronavirus entstehen.

Im **Erlass des Hessischen Kultusministeriums vom 13. März 2020 zur Aussetzung des regulären Schulbetriebes** zur Anwesenheitspflicht wird festgelegt, dass sich Lehrkräfte weiterhin im Dienst befinden und ihren Anspruch auf Besoldung bzw. Arbeitslohn behalten und dass die aufgrund der Aussetzung des Schulbetriebes nicht durchgeführten Unterrichtsstunden als erteilt gelten.

Das heißt, die Regelung im genannten Erlass **gilt entsprechend auch** für die im Interesse des Landes liegende Erfüllung der hoheitlichen oder ihnen gleichstehenden gemeinnützigen Aufgaben Ihrer Einrichtung, die während der Zeit der staatlich verordneten Sicherheitsmaßnahmen nicht oder nur eingeschränkt umgesetzt werden können.

In analoger Anwendung des Erlasses bleibt somit der gesetzliche Finanzierungsanspruch unverändert bestehen. Auch wenn Unterrichtsstunden wegen der Maßnahmen zur Vermeidung von Ansteckungsrisiken in Folge des Coronavirus ausfallen müssen, können die gewährten Zuschüsse für die Ausgaben nach den vom HWBG bestimmten Zwecken verwendet werden:

- nach § 11 Abs. 1 Satz 1 und § 17 Abs. 2 Satz 1 HWBG für die Ausgaben im Rahmen des Pflichtangebotes sowie
- nach § 12 Abs. 1 Satz 1 HWBG hinsichtlich der Heimvolkshochschule Burg Fürsteneck für musisch-kulturelle Weiterbildung und zu ihrer Akademieaufgabe.

Hierunter fallen auf Grund der derzeitigen Ereignisse in Folge des Coronavirus **auch** Ausgaben bzw. finanzwirksame Dispositionen, die im Vertrauen auf die Fortführung der gesetzlichen Förderung vorliegenden Rahmenbedingungen bezüglich der zweckentsprechenden Verwendung der Zuschüsse getroffen wurden, die **nicht** beendet, geändert oder rückgängig gemacht werden können (z. B. Abschluss von Arbeits- oder Honorarverträgen, Beschaffung von Gegenständen) oder auch Stornierungskosten u. ä.

Durch die mit dem HWBG geschaffene verbindliche Anspruchsgrundlage hat das Land nach § 2 Abs. 1 Satz 1 HWBG die Finanzierung der Grundversorgung an Weiterbildung, mit deren Angeboten die Weiterbildungsbeteiligung gefördert werden soll, dauerhaft gesetzlich kodiert.

Somit ist Ihr Vertrauen als Leistungsempfänger insoweit schutzwürdig, dass Sie die von Ihnen veranlassten finanzwirksamen Verfügungen, die nicht beendet, geändert oder rückgängig gemacht werden können, zur Aufrechterhaltung einer wenn auch eingeschränkten

Aufgabenerfüllung und zur Verhinderung nicht zu vertretender finanzieller Nachteile aus den Zuschüssen finanzieren dürfen.

Die Auszahlung der Abschlagsraten erfolgt aus den o. a. Gründen wie in den Leistungsbescheiden festgelegt, um insbesondere Pflichtverletzungen oder finanzielle Schäden zu vermeiden.

Zu beachten ist, dass eine Pflichtverletzung auch dann vorliegt, wenn Sie als Arbeitgeber Ihren Pflichten gegenüber den Beschäftigten nicht nachkommen, insbesondere die Gehaltszahlungen nicht vornehmen können. In Ihrer Einrichtung ist davon nicht nur das pädagogische Personal betroffen, sondern gegebenenfalls auch vorhandenes Verwaltungs-, Küchen- und Reinigungspersonal sowie Hausmeister.

Analog der Regelung des Erlasses des Hessischen Kultusministeriums vom 13. März 2020 zur Aussetzung des regulären Schulbetriebes besteht die Verpflichtung, Ihnen die gesetzlichen Zuschüsse auch für die Zeit der Unterbrechung der Maßnahmen zu Verfügung zu stellen, auch deshalb, weil Sie für die Maßnahmen nicht nur viel Planungs- und Konzeptionsarbeit aufgewandt haben, sondern auch finanzielle Verpflichtungen eingegangen sind.

Gegebenenfalls überzahlte (nicht verbrauchte) Beträge sind später im Rahmen der Verwendungsnachweislegung - wie im Leistungsbescheid festgelegt - zurückzuzahlen.

Hinweise zum Umgang mit bestehenden Verträgen:

Gehälter und Entgelte sowie Honorare auch bei Freistellung können aus den o. a. Gründen **grundsätzlich** weitergezahlt werden.

Da auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – unabhängig von der Art der Vertragsgestaltung (Arbeitsverträge befristet und unbefristet, geringfügig Beschäftigte, freiberuflich tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Honorarverträge) auf Grund der bestehenden Verträge **nicht automatisch vollständig von ihrer Leistungspflicht befreit** sind, ist **immer auch zu prüfen**, inwiefern die Leistung auch in anderer geeigneter und faktisch leistbarer Weise erbracht oder zeitlich verschoben werden kann. Es sollte das Ziel sein, **einvernehmliche Lösungen und einen angemessenen Interessenausgleich** zwischen Ihnen und Ihren Beschäftigten und Vertragspartnern zu finden. Die fristlose Kündigung von Verträgen mit dem Grund Coronavirus sollte das absolut letzte Mittel sein.

Es ist dabei auch zu berücksichtigen, dass, wenn die Corona-Krise überstanden ist und der normale Dienstbetrieb wiederaufgenommen werden kann und die Weiterbildungsangebote in gewohnter Weise fortgesetzt und teilweise auch nachgeholt werden können, **alle Menschen wieder sofort und uneingeschränkt benötigt werden**, um die Aufgaben wieder in vollem Umfang erfüllen zu können.

Gleichwohl sind und bleiben auch Sie als Leistungsempfänger und Ihre Beschäftigten und Vertragspartner verantwortlich dafür, **nach bestem Wissen und Gewissen, sachangemessene Lösungen** zu finden, um das Geld zweckentsprechend einzusetzen oder zumindest zu begründen, warum dies angesichts der Ereignisse nicht möglich war.

Folgende Maßnahmen sind im Rahmen der Ausübung Ihres pflichtgemäßen Ermessens denkbar:

- Wahrnehmung von Ersatzleistungen (Vorbereitungen, Nachbereitungen, Konzeption und Umsetzung von online-Angeboten, Erstellung und Planung der laufenden Aufgaben und Vorhaben nach der Corona-Krise, Reparaturen, Aufräumarbeiten u. ä.)

- gegebenenfalls Aufstockung der Summen aus dem Kurzarbeitergeld von 60% bzw. 67% auf 100 %
- Fortzahlung der Entgelte im Rahmen geringfügiger Beschäftigungen (sozialversicherungspflichtig oder auf 450-Euro-Basis u. ä.) analog des nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz geltenden Lohnausfallprinzips
- Zahlung eines durchschnittlichen Honorars der letzten vorangegangenen Wochen

Bezüglich der Bemessungsgrundlage können Sie im Rahmen Ihres pflichtgemäßen Ermessens eine jeweils angemessene Bemessungsgrundlage festlegen. Zum Beispiel gilt bei fest angestellten Beschäftigten im Fall der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall nach § 4 des Entgeltfortzahlungsgesetzes (EntgFG) bei der Berechnung des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts das Lohnausfallprinzip: Der Arbeitnehmer erhält grundsätzlich diejenige Vergütung, die er bezogen hätte, wenn er nicht arbeitsunfähig erkrankt wäre. Überstunden werden nicht berücksichtigt.

Sie können aber auch bei unregelmäßig wöchentlichen Arbeitszeitanteilen die geleisteten Stunden beispielsweise gemessen am Honorar der letzten sechs Monate oder wenn es sachgerechter ist auch die Hälfte davon bezahlen, auch wenn keine Leistungen erbracht werden können.

- Auch freiberuflich tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Honorarverträge, die darauf vertraut haben, ihre Leistung gegen Entgelt erbringen zu können, und die Absage von Maßnahmen und Veranstaltungen zu einem Verdienstaufschlag führen, sind mindestens für erbrachte Teilleistungen zu bezahlen (z. B. besondere Vorbereitungen) oder die Leistungserbringung ist – wenn möglich – zeitlich zu verschieben.

Die Vorgaben des o. a. Erlasses zur Aussetzung des regulären Schulbetriebes sind **analog** auch für Ihre Personalausgaben für alle laufenden Vorhaben während des jeweiligen Förderzeitraumes und für Vorhaben, die während der Zeit der staatlich verordneten Sicherheitsmaßnahmen nicht stattfinden können, **sinngemäß** zu beachten.

Die in diesem Rahmen vorzunehmenden rechtlichen Prüfungen und individuellen Entscheidungen durch Sie vor Ort im Rahmen der Bewirtschaftung der Zuschüsse liegen auf Grund der sehr individuellen Vertragsverhältnisse in Ihrer Verantwortung als eigenständige Rechtsperson im Rahmen der Erfüllung Ihrer Aufgaben. Die Hinweise sollen Ihnen verdeutlichen, dass wir bezüglich der Verwendung der Zuschüsse auf Grund der besonderen schwierigen Situation in Folge der Corona-Maßnahmen einen größtmöglichen Handlungsspielraum mitbringen können.

Soweit Ihre Beschäftigten oder Vertragspartner Anspruch auf andere staatliche Hilfen zur Existenzsicherung erhalten, sollen die betreffenden Personen diese Ihnen gegenüber wahrheitsgemäß melden. In diesen Fällen gilt dann wieder, dass die Landesmittel nachrangig einzusetzen sind. **Das Gleiche gilt auch**, wenn Sie als Leistungsempfänger gegebenenfalls andere nicht rückzahlbare (also Zuschüsse, keine Kredite) spezielle staatliche finanzielle Hilfen nach besonderen Gesetzen in Folge der Maßnahmen wegen des Coronavirus erhalten. Solche Zuschüsse sind **vorrangig** zu verwenden und im Verwendungsnachweis anzugeben.

Spätestens im Rahmen des Verwendungsnachweises ist dann eine vollständige inhaltliche Darlegung und zahlenmäßige Abrechnung darzulegen. Gegebenenfalls überzahlte Beträge sind dann zurückzuzahlen.

II. Spezielle Vorgabe für die Verwendungsnachweislegung in Folge der Maßnahmen zur Vermeidung von Ansteckungsrisiken in Folge des Coronavirus:

Über die zweckentsprechend verwendeten Mittel aus der Geldleistung und die in Folge des Coronavirus nicht rückzahlbaren, vertraglich gebundenen Mittel ist im Verwendungsnachweis zu berichten.

Bei der üblichen ordnungsgemäßen Verwendungsnachweislegung ist von Ihnen im Rahmen Ihrer Verantwortung für die Erfüllung der gesetzlichen oder ihnen gleichstehenden gemeinnützigen Aufgaben Ihrer Einrichtung bezogen auf den gewährten Zuschuss aus Gründen der Transparenz und Nachvollziehbarkeit eine **zusätzliche Erklärung** darüber abzugeben, welche

- Ausgaben zweckentsprechend eingesetzt werden konnten,
- Mittel nicht rückzahlbar sind, da sie vertraglich gebunden sind/waren oder Bestellungen nicht rückgängig gemacht werden können/konnten, und
- welche Mittel nicht vertraglich gebunden und noch oder wieder „frei“ sind und daher zurückerstattet werden können.

Mit der Erklärung soll gemäß dem Grundsatz, dass jedes Verwaltungshandeln schriftlich zu dokumentieren ist, noch einmal die von Ihnen getroffenen Maßnahmen rechnerisch und inhaltlich begründet und für alle Beteiligten transparent dargestellt werden.

Das Muster der Erklärung ist als Anlage beigefügt und von Ihnen im Rahmen des Verwendungsnachweises individuell anzupassen und auszufüllen.

III. Abschließende Bemerkung

Auf Grund der dynamischen Sach- und Entscheidungsgrundlage, können die **Hinweise nicht abschließend** sein.

Da diese **Handreichung die bestandskräftigen Leistungsbescheide hinsichtlich der Bewirtschaftung der gesetzlichen Zuschüsse verbindlich ergänzen und aus verwaltungsökonomischen Gründen auf den Erlass von offiziellen schriftlichen Änderungsbescheiden verzichtet werden soll**, werden die Leistungsempfänger gebeten, die Kenntnisnahme und Beachtung dieser Handreichung per E-Mail an sabine.roessler@kultus.hessen.de quasi als Ersatz der sonst üblichen schriftlichen Anerkennungserklärung – **möglichst unverzüglich zu bestätigen**. Dadurch wird das Verwaltungshandeln auf beiden Seiten aktenkundig dokumentiert.

Bei Fragen oder Unsicherheiten schildern Sie bitte jeweils per E-Mail an sabine.roessler@kultus.hessen.de den Sachverhalt so genau wie möglich, damit eine im konkreten Fall sachangemessene Entscheidung getroffen werden kann. Auch diese Abstimmungen erfolgen dann verbindlich per E-Mail und ergänzen die Umsetzung der Leistungsbescheide.

Sibylle Klingebiel
Wiesbaden, den 15.04.2020

Anlage:

- Muster-Erklärung für den Leistungsempfänger im Rahmen des Verwendungsnachweises